

Statistik zu den rechtlichen Folgen von Lawinenunfällen

Jürg Schweizer

1 Einleitung

Kommt es bei einem Lawinenniedergang zu Todesopfern, handelt es sich um einen aussergewöhnlichen Todesfall, bei dem von Amtes wegen untersucht wird, ob möglicherweise ein strafrechtlich relevantes Vergehen oder eine Unterlassung vorliegt (fahrlässige Tötung). Erreicht eine Lawine einen Verkehrsweg oder eine Schneesportabfahrt, wird ebenfalls von Gesetzes wegen ermittelt, auch wenn keine Personen zu Schaden gekommen sind (Störung des öffentlichen Verkehrs). Ein Lawinenunfall kann also strafrechtliche Folgen haben. In beiden Fällen liegt in der Regel kein Vorsatz vor, sondern höchstens ein unvorsichtiges Verhalten. Das SLF führt eine Datenbank, in der alle tödlichen Unfälle und auch viele andere Lawinenabgänge erfasst werden. In der Datenbank wird nach Möglichkeit registriert, ob ein Unfall eine Strafuntersuchung nach sich zieht. Allerdings ist diese Informationen häufig nicht bekannt, oder kann lediglich den Medien entnommen werden. Bei tödlichen Unfällen, bei denen eine Person für den Schutz der verunfallten Person verantwortlich war, zum Beispiel eine Tourenleiterin, ein Bergführer, oder ein Pistenchef, ist die Informationslage meist etwas besser und nicht selten, informieren Polizei oder Staatsanwaltschaft das SLF direkt, oder beauftragen es mit einer Unfallaufnahme. Im Folgenden werten wir

die Daten aus der SLF-Lawinendatenbank aus. Wie erwähnt sind die Daten bezüglich der strafrechtlichen Folgen wohl unvollständig, wobei dies vermutlich primär Fälle betrifft, bei denen es nicht zu einer Strafuntersuchung gekommen ist oder diese eingestellt wurde. Da dürfte die Dunkelziffer erheblich sein. Die Informationen zu Lawinenunfällen, bei denen es zu einer Verurteilung gekommen ist, dürften eher vollständig sein. In einer Analyse der rechtlichen Folgen dürfte also der Anteil der Einstellungen unter der Anteil der Verurteilungen überschätzt sein.

2 Tödliche Lawinenunfälle 1994/95 bis 2023/24

In den letzten 30 Jahren (1994/95 bis 2023/24) ereigneten sich 512 tödliche Lawinenunfälle mit insgesamt 656 Todesopfern. Im Mittel waren demnach in diesem Zeitraum bei 17 Lawinenunfällen 22 Lawinentote pro Jahr zu beklagen (Abb. 1). Die allermeisten tödlichen Unfälle (96 %) ereigneten sich auf Variantenabfahrten oder Touren im freien Gelände. Etwa alle 2 Jahre ereignete sich ein tödlicher Unfall auf einem Verkehrsweg oder einer Schneesportabfahrt (16 Unfälle mit insgesamt 17 Todesopfern in 30 Jahren). In 122 dieser 512 Unfälle ist uns bekannt, dass es zu einer Strafuntersuchung kam,

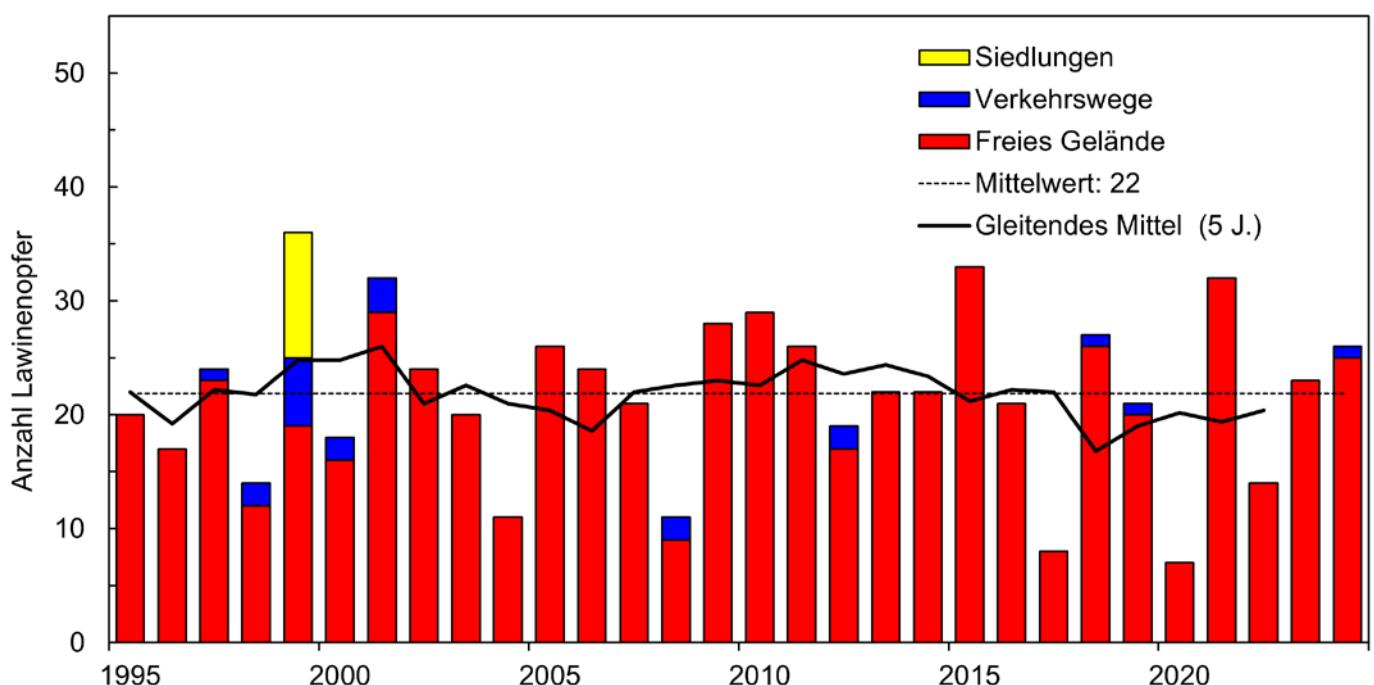


Abb. 1. Tödliche Lawinenunfälle der letzten 30 Jahre (1994/95 bis 2023/24).

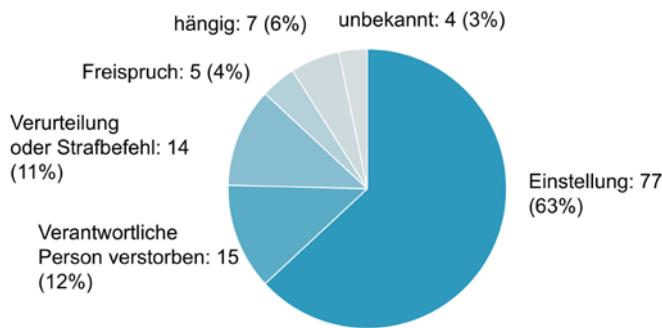


Abb. 2. Rechtliche Folgen in den Fällen, die bei tödlichen Unfällen bekanntermassen zu Strafverfahren geführt haben (N=122).

die in etwa zwei Dritteln der Fälle eingestellt wurde. Gar nicht so selten, in 15 Fällen, ist die verantwortliche Person verstorben, was ebenfalls zu einer Verfahrenseinstellung führte. In 10 Fällen kam es zu einer Verurteilung oder es wurde ein Strafbefehl (4) ausgesprochen (Abb. 2). Einige Fälle sind noch hängig und/oder der Ausgang der Untersuchung ist nicht bekannt. Betrachtet man von den 122 tödlichen Lawinenunfällen, nur die Fälle, die bekanntermassen eingestellt wurden (77), die 5 Freisprüche und die 14 Verurteilungen oder Strafbefehle, so beträgt der Anteil der Einstellungen und Freisprüche 85 % (82 von 96) und derjenige der Verurteilungen oder Strafbefehle 15 % (14 von 96).

3 Weitere Lawinenunfälle

Neben den tödlichen Unfällen sind in der SLF-Lawinen-datenbank noch zusätzlich 31 Fälle enthalten, bei denen es zu Verletzten, einem Sachschaden und/oder zur Störung des öffentlichen Verkehrs kam. Im Folgenden betrachten wir diese insgesamt 153 Fälle, wobei hier die Dunkelziffer wohl hoch ist. In 96 von 153 Fällen (63 %) wurde die Strafuntersuchung eingestellt. Von den restlichen Verfahren endeten 6 mit einem Strafbefehl. In 22 Fällen kam es zu einer Anklage, wobei es in 14 Fällen zu einer Verurteilung und in 8 Fällen zu einem Freispruch kam. Betrachtet man auch hier nur die Fälle, die bekanntermassen eingestellt wurden (96), die 8 Freisprüche und die 20 Verurteilungen oder Strafbefehle, so beträgt der Anteil der Einstellungen 77 % (96 von 124) und derjenige der Freisprüche 7 %. Demnach kam es in 17 % der Fälle (20 von 124) zu einer Verurteilung.

4 Verantwortliche Personen

Im Folgenden betrachten wir noch, wer von den Strafuntersuchungen betroffen war. In etwas weniger als der Hälfte der Fälle (71 von 153) waren es geführte Gruppen. Die zweitgrößte Gruppe betraf Sicherungs- oder Lawinendienste: 38 Fälle. Die restlichen Fälle be-

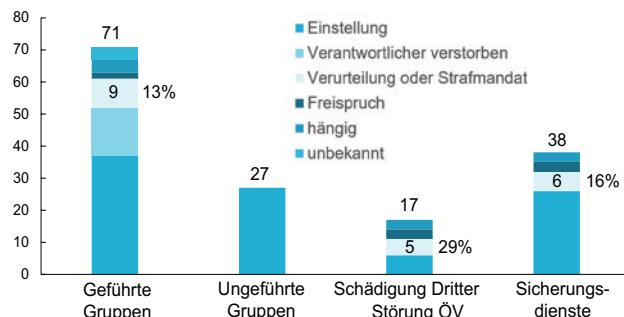


Abb. 3. Rechtliche Folgen bei den Lawinenunfällen, die bekanntermassen zu einem Strafverfahren geführt haben (N=153), wobei je nach Verantwortlichkeit in vier Gruppen unterschieden wird. Die Angaben in Prozent beziehen sich auf den Anteil der Verurteilungen (oder Strafmandate).

trafen ungeführte Gruppen (27) oder Fälle mit Schädigung Dritter oder Störung des öffentlichen Verkehrs (17). Bei den geführten Gruppen endete das Verfahren in 13 % der Fälle mit einer Verurteilung (5) oder einem Strafbefehl (4). Von diesen 9 Personen waren 4 Bergführer, 2 Tourenleiter, ein Jugend und Sport-Leiter, ein Schneesportlehrer und ein Lehrer. Bei den Fällen im gesicherten Gebiet (Verkehrswege, Schneesportabfahrten) kam es zu 5 Verurteilungen und einem Strafbefehl. Drei dieser Fälle betrafen Verantwortliche eines Pisten-sicherungsdienstes und in drei Fällen wurden Verant-wortliche eines Lawinendienstes (Gemeinde, Verkehrs-wege) verurteilt. Zu vier Verurteilungen und einem Strafbefehl kam es bei Fällen der Störung des öffentlichen Verkehrs oder Schädigung Dritter durch Personen bei Variantenabfahrten. Damit kam es bei dieser Katego-rie anteilmässig zu den meisten Verurteilungen oder

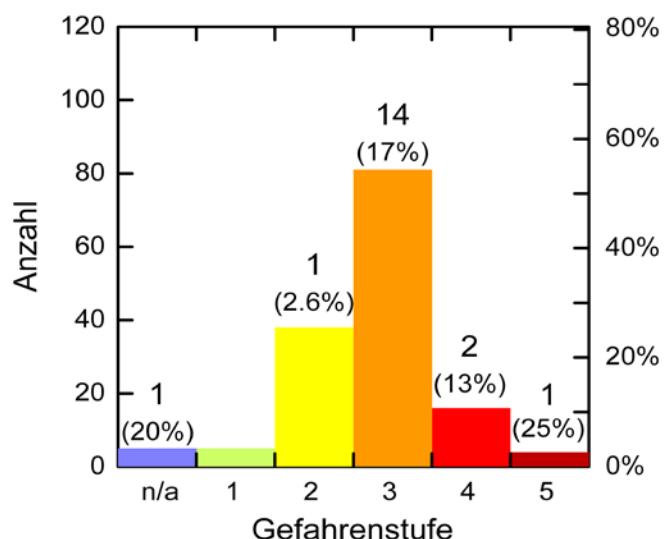


Abb. 4. Prognostizierte Gefahrenstufe bei den betrachteten Lawinenunfällen (N=153). Die Zahlen und Prozent-werte zeigen die Anzahl (resp. den Anteil) der Verurteilungen (oder Strafmandate) bei einer bestimmten Gefahrenstufe. In 5 Fällen wurde kein Lawinenbulletin publiziert (n/a).

Strafbefehlen, nämlich in 29 % der Fälle (5 von 17). Bemerkenswert ist schliesslich noch, dass es bei den Fällen mit ungeführten Gruppen (27) zu keinen Verurteilungen oder Strafbefehlen kam.

5 Lawinenbulletin

Etwas mehr als die Hälfte (84) der 153 betrachteten Lawinenunfälle ereignete, als im Lawinenbulletin die Gefahrenstufe «erheblich» (Stufe 3) prognostiziert war. Dabei kam es in 15 Fällen (18 %) zu einer Verurteilung. In nur 2 der 16 Lawinenunfälle, bei denen eine «grosse» Lawinengefahr (Stufe 4) prognostiziert war, kam es zu einer Verurteilung oder einem Strafbefehl (Abb. 4), was klar zeigt, dass das Lawinenbulletin zwar ein wichtiges Element bei der Beurteilung der Lawinengefahr ist, dass aber die lokalen Verhältnisse zum Zeitpunkt des Unfalls ausschlaggebend sind für die strafrechtliche Beurteilung. Im Rahmen des Sachverständigen-Gutachtens ist zu klären, ob die Lawinengefahr lokal zum Unfallzeitpunkt tatsächlich «gross» war und/oder ob das Ausmass des Lawinenniedergangs zu erwarten oder eher ausserordentlich war. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Trefferquote des Lawinenbulletins bei der Gefahrenstufe 4 («gross») im Vergleich zu den Gefahrenstufen 1 bis 3 am geringsten ist. Ausschlaggebend für die Abweichung ist meist das Timing, zum Beispiel, wenn nach dem Ende des Schneefalls, die Gefahr spontaner Lawinen rasch abgenommen hat, die prognostizierte Gefahrenstufe aber noch «gross» ist.

6 Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in den letzten Jahrzehnten kein Trend zur Kriminalisierung bei Lawinenunfällen stattgefunden hat. Betrachtet man primär die tödlichen Unfälle, so kam es in den letzten 30 Jahren zu ungefähr 4 Strafuntersuchungen pro Jahr, wobei gut die Hälfte geführte Gruppen betrafen. Die meisten Verfahren wurden eingestellt (in rund 80 % der Fälle). Etwa alle zwei Jahre kam es bei tödlichen Unfällen zu einer Verurteilung oder einem Strafmandat, wobei 11 dieser 14 Verurteilungen oder Strafmandate «Profis» betrafen. Dies zeigt, dass Untersuchungsbehörden und Gerichte bei diesen Fahrlässigkeitsdelikten mit Augenmaß urteilen. Andererseits wird auch klar, dass die Sicherheitsverantwortlichen in aller Regel professionell arbeiten, die Standards gut sind und dazu beitragen, dass die Zahl der Lawinenopfer seit Jahren nicht zunimmt, obwohl immer mehr Menschen im winterlichen Gebirge unterwegs sind. Die vielen eingestellten Untersuchungen erfüllen zudem eine wichtige Funktion. Es ist für alle Beteiligten, gerade auch für die Hinterbliebenen von Lawinenopfern, wichtig zu wissen, dass der Unfalltod nicht auf Fahrlässigkeit zurückzuführen ist.

Prof. Dr. Jürg Schweizer studierte Umweltphysik an der ETH Zürich und promovierte in Glaziologie. Er ist langjähriger leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am SLF mit den Forschungsschwerpunkten Schneemechanik, Lawinenbildung, Schneedeckenstabilität und Lawinenprognose. Die Erkenntnisse aus der Forschung setzt er um in der Ausbildung und als Sachverständiger bei Lawinenunfällen. Seit 2011 ist er Leiter des SLF.

Résumé: Statistiques sur les conséquences juridiques des d'accidents d'avalanche

Si une avalanche fait des victimes, il s'agit de décès exceptionnels qui font l'objet d'une enquête officielle visant à déterminer s'il y a eu infraction pénale ou omission (homicide par négligence). Si une avalanche atteint une voie de communication ou une piste de sports d'hiver, une enquête est également menée conformément à la loi, même si personne n'a été blessé (entrave à la circulation publique). Le SLF tient une base de données dans laquelle sont enregistrés tous les accidents mortels ainsi que de nombreuses autres avalanches. Dans la mesure du possible, la base de données indique si un accident a donné lieu à une enquête pénale. Les données sont cependant probablement incomplètes, en particulier pour les accidents non mortels. Au total, nous savons que 122 des 512 accidents mortels liés à des avalanches et survenus au cours des 30 dernières années (1994/95 à 2023/24) ont donné lieu à une enquête pénale. La majorité des cas (environ 80 %) a été classée sans suite. Quatorze accidents mortels liés à des avalanches, soit environ un cas tous les deux ans, ont donné lieu à une condamnation ou à une amende, onze de ces quatorze condamnations ou amendes concernaient des «professionnels». D'une manière générale, on peut dire qu'au cours des dernières décennies, on ne constate pas de tendance à la criminalisation des accidents dus à des avalanches. Les autorités chargées des enquêtes et les tribunaux jugent ces délits de négligence avec discernement, en faisant le plus souvent appel à des experts compétents. D'autre part, il apparaît clairement que les responsables de la sécurité travaillent généralement de manière professionnelle, que les normes sont bonnes et qu'elles contribuent à ce que le nombre de victimes d'avalanches n'augmente pas, bien que de plus en plus de personnes se rendent en montagne en hiver.

Prof. Dr. Jürg Schweizer a étudié la physique de l'environnement à l'ETH Zurich et il est porteur d'une thèse en glaciologie. Collaborateur de longue date du SLF dans les domaines de recherche de la mécanique de la neige, de la stabilité du manteau neigeux, de la formation et de la prévision des avalanches, il est instructeur avalanches et expert en cas d'accident d'avalanche. Il est directeur du SLF depuis 2011.

Riassunto: Statistiche sulle conseguenze legali degli incidenti da valanga

Se il distacco di una valanga genera vittime, si configura un decesso sospetto che viene indagato d'ufficio per accertare l'eventuale sussistenza di un reato penalmente rilevante o di un'omissione (omicidio colposo). Quando una valanga colpisce una via di comunicazione o una pista per gli sport invernali, viene parimenti aperta per legge un'inchiesta anche nel caso in cui non si verificano danni a persone (il reato, in questo caso, è di disturbo alla circolazione pubblica). L'SLF gestisce un database in cui vengono registrati tutti gli incidenti mortali, oltre a numerosi altri distacchi di valanghe. Ove possibile, all'interno di questa banca dati, viene annotato se l'incidente porta all'apertura di un'inchiesta penale. È probabile, tuttavia, che i dati siano incompleti, in particolare per gli incidenti non mortali. Complessivamente, siamo a conoscenza del fatto che è stata avviata un'inchiesta penale per 122 dei 512 incidenti da valanga con esito mortale avvenuti negli ultimi 30 anni (dal 1994/95 al 2023/24). Nella maggior parte dei casi (circa l'80 %), si è giunti a un abbandono del procedimento. In totale, 14 incidenti da valanga mortali, ossia circa un caso ogni due anni, hanno portato invece a una condanna o a un decreto d'accusa (11 di questi 14 casi hanno coinvolto figure professionali). In generale, è possibile affermare che negli ultimi decenni non si rileva una tendenza alla criminalizzazione nel quadro degli incidenti da valanga. Relativamente a questi reati commessi per negligenza, le autorità inquirenti e i tribunali giudicano ricercando un approccio equilibrato e ricorrendo generalmente a periti competenti. Emerge inoltre con evidenza che i responsabili della sicurezza lavorano generalmente con professionalità e che gli standard sono efficaci e contribuiscono a impedire da anni un aumento delle vittime da valanga, nonostante l'ambiente montano innevato sia frequentato da un numero sempre maggiore di persone.

Il **prof. dott. Jürg Schweizer** si è laureato in fisica ambientale al Politecnico di Zurigo e ha conseguito il dottorato in glaciologia. Per molti anni è stato collaboratore scientifico dell'SLF in qualità di esperto in meccanica della neve, formazione di valanghe, stabilità del manto nevoso e previsione valanghe, nonché formatore e perito di incidenti da valanga. Dal 2011 dirige l'SLF.

Rechtliche Situation beim Lawinenunfall im freien Gelände

Rita Christen

1 Verhütung von Lawinenunfällen

1.1 Gibt es Vorschriften mit präventivem Charakter für Privatpersonen?

Die Bundesverfassung garantiert das Grundrecht auf persönliche Freiheit und auf Bewegungsfreiheit (Art. 10 BV). Dieses Grundrecht gilt für Privatpersonen, die Abenteuer im Schnee suchen, uneingeschränkt. In den winterlichen Bergen dürfen Privatpersonen unterwegs sein, wie es ihnen passt, auch wenn sie sich dabei beträchtlichen Risiken aussetzen. Es gibt weder eine Pflicht, sich ausbilden zu lassen, noch sonstige Vorschriften zur Unfallverhütung. Dies erscheint banal, ist aber gar nicht so selbstverständlich. Es gibt andere Outdooraktivitäten, bei denen der Staat auch bei der privaten Ausübung eingreift. Gleitschirmfliegen und BASE Jumper zum Beispiel ist ohne Ausbildung verboten.

1.2 Welche Vorschriften mit präventivem Charakter gelten für gewerbsmäßig tätige Personen?

Skitouren, Freeride-Abfahrten und Schneeschuhtouren gelten als sogenannte «Risikoaktivitäten» und unterliegen dem Risikoaktivitätengesetz (RiskG). Es gilt der Grundsatz, dass Risikoaktivitäten nur mit Bewilligung gewerbsmäßig geführt werden dürfen. Voraussetzungen für eine Bewilligung sind dabei eine anerkannte Ausbildung und eine genügende Berufshaftpflichtversicherung. Anerkannt im Zusammenhang mit Skitouren, Freeride und Schneeschuhtouren sind die Berufe Bergführer, Schneesportlehrer und Wanderleiter, alles Berufe auf der Stufe der höheren Berufsbildung mit eidg. Fachausweis. Auch hier bewegen wir uns im Öffentlichen Recht. Es gilt zwar das verfassungsmässige Grundrecht auf Wirtschaftsfreiheit (Art. 27 BV). Dieses wird aber durch das RiskG zum Schutz der Sicherheit der Kunden stark eingeschränkt (Art. 36 BV).

1.3 Erlaubte Tätigkeitsbereiche nach der Risikoaktivitätenverordnung (RiskV)

Die RiskV legt die erlaubten Tätigkeitsbereiche im Detail fest. Sie verlangt dort eine Bewilligung für das gewerbsmässige Führen, wo die Risiken dies rechtfertigen. Und sie folgt dem Prinzip, dass das Tätigkeitsfeld den Fähigkeiten entsprechen soll, die durch die Berufsausbildung garantiert sind.

1.4 Welche Regeln gelten zur Verhütung von Lawinenunfällen im Rahmen von SAC und J+S

Die ehrenamtliche Leitertätigkeit als SAC-Tourenleiter und als J+S-Leiter fällt nicht unter das Risikoaktivitätengesetz. Als privatrechtlicher Verein sorgt der SAC mit internen Regeln und Ausbildungs- und Kontrollstrukturen für eine angemessene Sicherheit der Teilnehmenden bei den Vereinsaktivitäten. Für J+S-Leiter gelten das Gesetz über die Sportförderung, die Verordnung über Jugend + Sport und die Richtlinien des BASPO. Skitouren dürfen nur mit einer entsprechenden Leiteranerkennung geführt werden und jede Skitour im Rahmen von J+S muss durch einen Experten oder eine Expertin bewilligt werden.

2 Rechtliche Aufarbeitung von Lawinenunfällen

2.1 Strafrechtliche Ebene

Nach einem Lawinenunfall im freien Gelände stellt sich auf der strafrechtlichen Ebene die Frage, ob die verunfallte Person Opfer einer Straftat geworden ist, bzw. andersherum betrachtet, ob das Verhalten einer verantwortlichen Person als fahrlässige Tötung (Art. 117 StGB) oder fahrlässige Körperverletzung (Art. 125 StGB) zu qualifizieren ist. Geprüft wird dies – grob vereinfacht – nach dem folgenden Algorithmus. Im ersten Schritt wird geklärt, ob der Unfall in die Eigenverantwortung der verunfallten Person fällt. Dies ist der Fall bei einer Kollegen-Gruppe, in der alle ungefähr dieselben lawinentechnischen Kenntnisse haben und in der die sicherheitsrelevanten Entscheide mehr oder weniger gemeinsam getroffen werden. In einer solchen Konstellation kann zum Vornherein keine Straftat vorliegen. Anders sieht es aus, wenn der Unfall in die Verantwortung einer Person fällt, die sich in einer offensichtlichen Führungsrolle befindet und deshalb alle lawinen- und führungs-technischen Entscheide trifft. Dies kann eine professionell oder ehrenamtlich führende Person sein. Und es kann ein sogenannter «faktischer Führer» sein, eine Person in einer Kollegen-Gruppe, die deutlich mehr Erfahrung und Kenntnisse hat als der Rest der Gruppe. In diesen Konstellationen ist zu prüfen, ob die Unfallursache in einem fahrlässigen Verhalten der führenden Person liegt. Fahrlässigkeit (Art. 12 Abs. 3 StGB) kann man mit der Kurzformel «pflichtwidrige Unvorsichtigkeit» umschreiben. Sie liegt nach der Rechtsprechung vor, wenn die folgenden drei Voraussetzungen erfüllt sind:

- Der Unfall muss vorhersehbar sein. Nach meinem Verständnis ist diese Voraussetzung bei einem Lawinenunfall eigentlich immer erfüllt. Eine Lawine ist nämlich im rechtlichen Sinn vorhersehbar, wenn sie am Unfallort grundsätzlich möglich ist, sei dies, weil der Hang steil genug ist oder sei dies, weil der Unfallort im Auslaufgebiet liegt.
- Die zweite Voraussetzung ist die Vermeidbarkeit des Unfalls. Auch dieses Kriterium ist bei einem Lawinenunfall in aller Regel erfüllt. Man kann auf die Tour ganz verzichten oder eine defensivere Route wählen.
- Entscheidend ist in aller Regel die dritte Voraussetzung, nämlich die Verletzung von Sorgfaltspflichten bzw. die Überschreitung des erlaubten Risikos. Das RiskG enthält in Art. 2 eine Umschreibung der Sorgfaltspflichten. Diese ist indessen so abstrakt und undifferenziert, dass es unmöglich ist, alleine gestützt darauf zu erkennen, ob in einer konkreten Unfallsituation Sorgfaltspflichten verletzt wurden oder nicht. Die Organe der Justiz sind deshalb bei Lawinenunfällen stets auf Gutachter angewiesen. Diese erklären, welches Management des Lawinenrisikos und welches führungstechnische Verhalten in der konkreten Unfallsituation den aktuellen Standards entsprochen hätte. Dabei kann die so genannte Massfigur verwendet werden, indem man sich fragt, wie sich eine kompetente, sorgfältige Person in der Rolle des Angeschuldigten verhalten hätte.

Beispiele: Urteile des Bundesgerichts 6B_275/2015 und 6B_92/2009

2.2 Zivilrechtliche Ebene

Auf der zivilrechtlichen Ebene stellt sich die Frage, wer für den durch den Unfall verursachten finanziellen Schaden aufkommen muss. Dieser Schaden kann sehr hoch sein. Er umfasst die Kosten für Rettung, Heilbehandlung, Lohnausfall und den sogenannten Versorgerschaden. Die für den Unfall verantwortliche Führungsperson steht dem Verunfallten oder dessen Hinterbliebenen gegenüber, staatliche Institutionen sind erstmal nicht involviert. Beteiligt sind hingegen in der Regel Versicherungsgesellschaften, auf der Seite der verantwortlichen Führungsperson eine Haftpflichtversicherung, auf der Seite des Verunfallten eine Unfallversicherung. Zu klären ist, ob der Verunfallte den finanziellen Schaden selber tragen muss oder ob die für den Unfall verantwortliche Führungsperson Schadenersatz zu leisten hat. Zudem kann sich die Frage stellen, ob Anspruch auf Genugtuung besteht. Genugtuung ist Entschädigung für erlittenes psychisches Leid. Schadenersatz oder Genugtuung sind nur dann zu leisten, wenn die verantwortliche Führungsperson ihre vertraglichen Sorgfaltspflichten verletzt hat (Art. 398 Abs 2 OR [Auftrag] und Art. 97 [Vertragshaftung allgemein]). Diese vertraglichen Sorgfaltspflichten entsprechen im We-

sentlichen den Sorgfaltspflichten, wie sie auf der strafrechtlichen Ebene relevant sind.

2.3 Ebene der Unfallversicherung

Auf der Ebene der Unfallversicherung können sich Probleme ergeben, wenn ein Lawinenunfall in die Eigenverantwortung des Verunfallten fällt. Die Unfallversicherung kann nämlich die Versicherungsleistungen kürzen, wenn ein sogenanntes Wagnis vorliegt (Art. 39 UVG, Art. 50 UVV). Diese Kürzung bezieht sich auf Taggelder und Renten, nicht auf die Kosten der Heilbehandlung. Touren im freien Gelände können ein «relatives Wagnis» sein. Ein solches liegt nach der Rechtsprechung vor, wenn die verunfallte Person die sportsüblichen Vorsichtsgebote in schwerwiegender Weise missachtet hat.

Beispiele: Urteil des Kantonsgerichts St. Gallen UV 2014/63, Urteil des Bundesgerichts 8C_987/2012

2.4 Ebene der Haftpflichtversicherung

Auf der Ebene der Haftpflichtversicherung können sich weitere Probleme ergeben, wenn feststeht, dass eine verantwortliche Führungsperson zivilrechtlich schadenersatzpflichtig ist. Ein Haftpflichtversicherer kann nämlich gemäss Art. 14 Abs. 2 des Versicherungsvertragsgesetzes Rückgriff nehmen, das heisst seine Zahlung an den Verunfallten teilweise von der Führungsperson zurückfordern, wenn letztere grobfahrlässig gehandelt hat. Grobfahrlässigkeit liegt nach der Rechtsprechung bei einer absolut krassen Verletzung der Sorgfaltspflichten vor, also in einer Situation, in welcher sachkundige Personen denken «wie konnte er nur?».

3 Fazit

Nach einem Lawinenunfall geht es auf allen rechtlichen Ebenen im Wesentlichen darum, ob Sorgfaltspflichten und Vorsichtsgebote verletzt oder sogar in krasser Weise verletzt wurden. Zur Beantwortung dieser Frage braucht es gute Gutachten von qualifizierten lawinen- und führungstechnischen Fachpersonen. Und es braucht in der Gesellschaft und in der Justiz eine Akzeptanz dafür, dass Bergsport nicht ohne Risiken möglich ist und dass es legitim ist, in vernünftigem Rahmen Risiken einzugehen. Soweit ich die Fälle und die Rechtsprechung überblicke, erscheint mir in der Schweiz alles recht gut zu funktionieren. Zusammenfassend kann man zudem sagen, dass sowohl die Regeln zur Verhütung von Lawinenunfällen, als auch die Regeln, die bei der Aufarbeitung zur Anwendung kommen, befriedigend sind. Es gibt meines Wissens keine Bestrebungen für wesentliche Änderungen.

Rita Christen ist Juristin (lic.iur.) und arbeitet als Aktuarin am Obergericht des Kantons Graubünden. Sie ist zu dem Bergführerin mit eidg. Fachausweis und seit 2021 Präsidentin des Schweizer Bergführerverbands (SBV).

Résumé: Situation juridique en cas d'accident d'avalanche en terrain non sécurisé

La conférencière présente tout d'abord les règles et les mécanismes réglementaires visant à prévenir les accidents d'avalanche en terrain non sécurisé. Il n'existe pas de telles règles pour les particuliers. Le droit fondamental à la liberté personnelle et à la liberté de mouvement (art. 10 Cst.) s'applique sans restriction. Il en va autrement pour les activités commerciales. Les randonnées à ski, les descentes en freeride et les randonnées à raquettes sont considérées comme des « activités à risque ». Elles sont soumises à la loi sur les activités à risque (LRisque) et ne peuvent être pratiquées à titre professionnel qu'avec une autorisation, à savoir une formation reconnue. Certes, le droit constitutionnel fondamental à la liberté économique s'applique, mais il est fortement restreint par la LRisque afin de protéger la sécurité des clients. Les activités bénévoles en tant que moniteur au sein du Club alpin suisse (CAS) et du programme de promotion de la jeunesse Jeunesse+Sport (J+S) ne sont pas soumises à la LRisque. Au CAS, des règles internes à l'association garantissent la sécurité des participants, tandis qu'à J+S, ce sont principalement les directives de l'UFSPO qui s'appliquent.

La conférencière aborde ensuite les conséquences que peuvent avoir les accidents d'avalanche à différents niveaux juridiques. Au niveau pénal, il s'agit d'infractions d'homicide par négligence (art. 117 CP) et de lésions corporelles par négligence (art. 125 CP). La notion de négligence (art. 12, al. 3, CP) occupe une place centrale. La négligence peut être décrite par la formule abrégée « imprudence coupable » et est avérée lorsque les trois conditions suivantes sont remplies : prévisibilité, évitabilité et violation du devoir de diligence ou dépassement du risque autorisé. Cette dernière condition est généralement déterminante dans le cas d'un accident d'avalanche. Même si l'art. 2 LRisque contient une définition des devoirs de diligence, cette dernière reste abstraite et indifférenciée. Les organes judiciaires doivent donc toujours faire appel à des experts dans les cas d'accidents d'avalanche.

Au niveau du droit civil, il convient de déterminer si la victime de l'accident doit supporter elle-même le préjudice financier causé par l'accident d'avalanche ou si une personne responsable doit verser des dommages-intérêts pour avoir manqué à ses obligations contractuelles de diligence (art. 398, al. 2, CO [mandat] et art. 97 [responsabilité contractuelle en général]). Au niveau de l'assurance-accidents, les prestations de l'assurance peuvent être réduites après un accident d'avalanche relevant de la responsabilité personnelle de la victime s'il y a eu prise de risque (art. 39 LAA, art. 50 OLAA). Les randonnées en terrain non sécurisé

peuvent constituer une « prise de risque relative ». Selon la jurisprudence, il y a risque lorsque la personne accidentée a gravement enfreint les règles de prudence habituelles de la pratique sportive.

Au niveau de l'assurance responsabilité civile, l'assureur peut, conformément à l'art. 14, al. 2, de la loi sur le contrat d'assurance, exercer un recours, c'est-à-dire réclamer à la personne responsable du dommage, si cette dernière a agi par négligence grave, le remboursement partiel du paiement versé à la personne accidentée. Selon la jurisprudence, il y a négligence grave en cas de violation flagrante des obligations de diligence.

Rita Christen est juriste (lic. iur.) et travaille comme greffiére à la Cour suprême du canton des Grisons. Elle est également guide de montagne avec brevet fédéral et depuis 2021 présidente de l'Association suisse des guides de montagne (ASGM).

Riassunto: Situazione giuridica per gli incidenti da valanga in zone non controllate

La relatrice ha esposto innanzitutto regole e meccanismi normativi per la prevenzione degli incidenti da valanga nelle zone fuoripista. Tali regole non valgono tuttavia per le persone private. Il diritto fondamentale alla libertà personale e di movimento (art. 10 Cost.) si applica infatti senza restrizioni. Diversa è la situazione per quanto riguarda le attività commerciali. Escursioni di scialpinismo, discese fuoripista e gite con le racchette da neve rientrano tra le cosiddette «attività a rischio». Sono soggette alla legge concernente l'attività di guida alpina e come tali possono essere svolte a titolo professionale solo se in possesso di una formazione riconosciuta. Nonostante il diritto fondamentale alla libertà economica sia sancito dalla Costituzione, la legge sulle attività a rischio lo limita fortemente, a tutela della sicurezza dei clienti. Le attività di volontariato come istruttore presso il Club Alpino Svizzero (CAS) e nel programma di promozione giovanile Gioventù+Sport (J+S) non sono soggette alla LRisque. Nel caso del CAS la sicurezza dei partecipanti è garantita da regole interne all'associazione, mentre per G+S si applicano nello specifico le direttive dell'UFSPO.

La relatrice ha affrontato in seguito le potenziali conseguenze degli incidenti da valanga ai diversi livelli giuridici. Sul piano penale vanno considerati, in fattispecie, i reati di omicidio colposo (art. 117 CP) e di lesioni colpose (art. 125 CP). Assume quindi un ruolo centrale il concetto di negligenza (art. 12 cpv. 3 CP), che può essere riformulato sinteticamente come «imprevidenza colpevole» e si configura quando sono soddisfatti i tre presupposti di prevedibilità, evitabilità e violazione degli obblighi di diligenza o superamento del rischio consentito. Quest'ultimo rappresenta di norma l'aspetto decisivo in caso di incidente da valanga. L'articolo 2 della legge sulle attività a rischio circoscrive il concetto di obblighi di diligenza, ma tale definizione è astratta e

priva di differenziazioni. In caso di incidenti da valanga, gli organi giudiziari dipendono pertanto sempre dai periti.

Sotto il profilo civilistico è necessario accertare se la vittima debba sostenere in prima persona il danno finanziario prodotto dall'incidente da valanga, o se vi sia una persona con compiti di guida tenuta a risarcire il danno avendo violato i propri obblighi di diligenza contrattuali (art. 398 cpv. 2 CO [mandato] e art. 97 [responsabilità contrattuale generale]).

Per quanto concerne l'assicurazione contro gli infortuni, dopo un incidente da valanga che ricade nella responsabilità individuale della persona infortunata, le prestazioni assicurative possono essere ridotte qualora vi sia stato un cosiddetto «atto temerario» (art. 39 LAINF, art. 50 OAINF). Le escursioni nelle zone fuoripista possono costituire un «atto temerario relativo». Secondo la giurisprudenza, quest'ultimo si verifica quando la vittima dell'incidente ha trasgredito in misura grave i comuni principi di prudenza in ambito sportivo.

Sul piano dell'assicurazione di responsabilità civile, ai sensi dell'articolo 14 capoverso 2 della legge sul contratto d'assicurazione, la compagnia assicurativa può rivalersi in parte della somma versata alla vittima sulla persona con compiti di guida tenuta al risarcimento del danno, qualora quest'ultima abbia agito con grave negligenza. Secondo la giurisprudenza, sussiste una grave negligenza in caso di violazione assolutamente manifesta degli obblighi di diligenza.

Rita Christen è giurista (lic. iur.) e lavora come attuaria presso il Tribunale d'appello del Cantone dei Grigioni. È inoltre guida alpina con attestato professionale federale e dal 2021 è presidente dell'Associazione svizzera delle guide di montagna.